

B E S C H L U S S
des Landesvorstandes
vom 15. März 2008

Der mündige Patient

Präambel

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom mündigen Bürger. Gerade wenn es um die eigene Gesundheit geht, müssen die Bürger in die Lage versetzt werden, selbstverantwortliche, gesundheitsbewusste Entscheidungen über die Art und den Umfang von diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen zu fällen. Die Informationsflut ist immens, sodass die Orientierung bei diesem Informationsangebot dem Patienten zunehmend schwerer fällt, wobei er Unterstützung benötigt. Dem Arzt kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus müssen weitere Entscheidungshilfen angeboten werden.

Die gesundheitspolitische Entwicklung:

Das deutsche Gesundheitswesen orientiert sich bislang nicht an klar definierten gesundheitlichen Zielen. Die Debatte ist beschränkt auf die Ausgaben- und Kostenentwicklung. Fragen nach Sinnhaftigkeit, Effektivität und Effizienz des Ressourceneinsatzes wurden in der Regel vernachlässigt.

Gemäß § 1 SGB V ist festgelegt: „Die Versicherten sind für ihre Gesundheit mit verantwortlich; sie sollen durch eine gesundheitsbewusste Lebensführung, durch frühzeitige Beteiligung an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen sowie durch aktive Mitwirkung an Krankenbehandlung und Rehabilitation dazu beitragen, den Eintritt von Krankheit und Behinderung zu vermeiden oder ihre Folgen zu überwinden.....“. Das heißt nichts anderes, als den Patienten in die Gestaltung des Gesundheitssystems einzubeziehen, was seit Jahren vom Gesetz gefordert wird und bis heute nur unzureichend in die Praxis umgesetzt wurde.

Durch den demographischen Wandel, den medizinischen Fortschritt sowie die Veränderungen durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2003 werden dem Patienten immer mehr Eigenbeteiligungen an den Gesundheitskosten abverlangt. Gesundheitsleistungen werden der Bevölkerung zukünftig nicht mehr in dem gleichen Umfang wie bisher zur Verfügung gestellt werden können.

Der Patient wird gezwungen sein, mehr Leistungen selbst zu finanzieren. Das steigert das Interesse der Leistungsempfänger (der mündigen Patienten), mehr Wissen über die Möglichkeiten der angebotenen Leistungen zu erwerben, um genau beurteilen zu können, welche Leistung zu welcher Qualität und welchem Preis sie einkaufen.

Aufklärung:

Hierzu bedarf es mehr Aufklärung medizinischer Sachverhalte in einer für die Bürger verständlichen Form, so dass der medizinische Laie zum mündigen Kunden/Patienten im Gesundheitswesen werden kann.

Die FDP fordert, dass dies unterstützt wird durch die Medien: das Fernsehen, das Radio, die Zeitung und das Internet. Die Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten muss weiter ausgebaut werden. So bieten bereits die Ärzte- und Zahnärztekammern Beratungsstellen an, z. B. in Form des „Second Opinion Modells“ der Zahnärztekammer in Baden-Württemberg.

Weitere Möglichkeiten stellen z.B. Online-Sprechstunden, sowie Beratungsstellen von Ärzten, Heilmittelerbringern und Krankenkassen dar. Gleichzeitig können Selbsthilfeverbände als Experten in eigener Sache an solchen pluralen Beratungsangeboten beteiligt werden.

Letztendlich muss die Information durch die Aufklärung verständlich und anwendbar sein. Nur so kann der einzelne Patient frühzeitig und aktiv in Entscheidungsprozessen, zusammen mit seinem Arzt, die für ihn beste Therapie auswählen.

Die medizinische Aufklärung und Eigeninitiative der Bevölkerung kann durch Bonus-Modelle gefördert werden; so kann sich kostenbewusstes Verhalten und die Teilnahme an medizinischen Schulungs- und Präventivprogrammen beitragsreduzierend niederschlagen.

Einer besonderen Sorgfalt der Aufklärung bedarf es bei Menschen mit eingeschränkter zerebraler Leistungsfähigkeit, z. B. im Rahmen demenzieller Erkrankungen. Für diese Patienten muss kurzfristig die Möglichkeit der Einrichtung eines Mitbetreuungsverfahrens bzw. eines Betreuungsverfahrens (durch Angehörige oder wenn nicht vorhanden, durch engagierte Bürger) für medizinische Belange geschaffen werden, um dieser Patientengruppe so viel wie möglich Entscheidungsfreiheiten einzuräumen.

Damit der Patient sein Recht auf Selbstbestimmung und das Grundrecht der Entfaltung seiner Persönlichkeit wahren kann, sollte er seinen Bedürfnissen entsprechend Informationen und Unterstützung geboten bekommen.

Je aufgeklärter der Patient, umso mehr Wettbewerb entsteht im medizinischen Markt. Die Qualität und die Gesundheitsergebnisse werden dadurch verbessert.

Wettbewerb und Qualität:

Qualität, Service und Leistung sollen die treibenden Kräfte in dem prosperierenden Gesundheitsmarkt der Zukunft werden, und der Leistungsempfänger soll im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung stehen.

Die FDP fordert, dass das Kostenerstattungsprinzip auf alle medizinischen Bereiche ausgedehnt wird. Damit dem Patient bekannt ist, wie teuer die Leistungen sind, welche er einkauft. Es soll ein grundsätzlicher Wechsel im Abrechnungssystem von Gesundheitsleistungen vollzogen werden, d. h. weg vom Sachleistungsprinzip hin zum Kostenerstattungsprinzip.

Gleichzeitig bedarf es einer größeren Entscheidungsfreiheit über den Versicherungsumfang. Die Grundsicherung des medizinisch Notwendigen muss Pflicht sein, geregelt anhand eines Grundleistungskatalogs. Darüber hinaus sollte es dem Leistungsempfänger freigestellt sein, in welchem Umfang er weitere Versicherungen für Wahlleistungen abschließt.

Der aufgeklärte Patient fordert mehr Transparenz und Mitspracherecht:

Deshalb fordert die FDP, durch die Steigerung der Transparenz das Gesundheitsleistungsangebot sowie der dadurch verursachten Kosten und Qualität, dem Patienten durch Kosten-Nutzen-Analysen über medizinische Therapien und Behandlungsformen verständlich darzustellen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich im Gesundheitsmarkt die Leistungsmengen und die Leistungsqualität selbstständig ausbalancieren.

Die FDP fordert die Kostenträger und Ärztekammern auf, Bonusmodelle und Schulungsprogramme, beginnend bei der Gesundheitserziehung im Kindergarten und der Schule

und im Rahmen der Präventivmedizin verstärkt anzubieten, um dadurch Anreize zu schaffen, das gesundheitsbewusste Verhalten der Bevölkerung zu fördern.

Gleichzeitig fordert die FDP mehr Mitspracherecht der Patienten-, Selbsthilfe- und Behindertenverbände. Diese sind stärker in Steuerungs- und Entscheidungsgremien einzubinden.